

EIL-A6 We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün  
Beschlussdatum: 01.06.2018  
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

2449 In den meisten Städten in Deutschland ist das Thema Wohnen zu einer  
2450 existentiellen Frage geworden. Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen  
2451 leiden darunter, dazu gehören meistens auch Studierende. Neben finanziellen  
2452 Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale eine Rolle, aufgrund dessen  
2453 bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche benachteiligt werden. Im  
2454 studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische Studierende, die während  
2455 der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer Erhöhung, Ausweitung und  
2456 Anpassung an lokale Gegebenheiten der BAföG-Leistungen fordert Campusgrün  
2457 weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um die Verteuerung von  
2458 Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum wieder mehr an die  
2459 Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem Beschluss  
2460 „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr 2013 sieht  
2461 Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

2462 1. Verschärfung der Mietpreisbremse

2463 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich in Teilen als wirkungslos und  
2464 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten  
2465 Regionen, Wiedervermietungsrenten liegen oftmals weiterhin über der  
2466 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und  
2467 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der  
2468 Mietpreisbremse:

- 2469 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre  
2470 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln  
2471 ausschlaggebend sind
- 2472 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und  
2473 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 2474 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende  
2475 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 2476 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen  
2477 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 2478 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter\*innen gegenüber  
2479 Mieter\*innen einführen

2480 2. Schluss mit Spekulationen – Nachhaltiges und sozial-verträgliches Bauen statt  
2481 leeren Wohnflächen!

2482 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das  
2483 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende  
2484 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,  
2485 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.

2486 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen als  
2487 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise  
2488 Wohnraummangel entgegenwirken, wenn der Flächenfraß dadurch minimiert wird. Es  
2489 müssen Anreize für Investitionen in Neubauten und vor allem in ökologische und  
2490 nachhaltige Nachverdichtungen geschaffen und Nichtbebauung von Flächen sowie  
2491 Leerstand von Gebäuden sanktioniert werden. Campusgrün fordert daher:

- 2492 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich zu  
2493 der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 2494 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 2495 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 2496 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen steuerlich begünstigen

### 2497 3. Förderung bezahlbaren Wohnens

2498 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von  
2499 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau, um den  
2500 Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem  
2501 Einkommen sind vor allem auf sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind  
2502 zusätzlich noch auf ausreichende und bezahlbare Wohnraumplätze und auf eine  
2503 angemessene BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht  
2504 gegeben. Daher fordert Campusgrün:

- 2505 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende  
2506 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 2507 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen und  
2508 zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 2509 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von  
2510 Wohnheimplätzen über den Bund
- 2511 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

### 2512 4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

2513 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die  
2514 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.  
2515 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.  
2516 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:  
2517 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter  
2518 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

2519 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)  
2520 [gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)